

Hinweise zum Datenschutz - Webmeetings

Die Friedrich-Schiller-Universität Jena verarbeitet personenbezogene Daten von Beschäftigten im Zusammenhang mit der Durchführung von Telefonkonferenzen, Online-Meetings, Videokonferenzen und/oder Webinaren (nachfolgend: Webmeetings).

Mit diesem Datenschutzhinweis möchte die Friedrich-Schiller-Universität Jena gemäß Art. 13 DSGVO über die Verarbeitung der personenbezogenen Daten der Beschäftigten im Rahmen von Webmeetings informieren.

1. Name und Kontaktdaten des für die Datenverarbeitung Verantwortlichen

Friedrich-Schiller-Universität Jena (FSU)
vertreten durch den Kanzler, Herrn Dr. Klaus Bartholmé
Fürstengraben 1, 07743 Jena
Telefon: +49 3641 9-402000
E-Mail: kanzler@uni-jena.de

2. Kontaktdaten der/des Datenschutzbeauftragten

Friedrich-Schiller-Universität Jena (FSU)
Rechtsamt
Fürstengraben 1, 07743 Jena
Telefon: 03641-402087
E-Mail: datenschutz@uni-jena.de

3. Umfang der Verarbeitung

Der Umfang der Datenverarbeitung im Zusammenhang mit Webmeetings hängt davon ab, welcher Webmeeting-Dienst von dem/der Beschäftigten genutzt wird, welche Angaben vor bzw. bei der Teilnahme an einem Webmeeting gemacht werden und welche Einstellungen vorgenommen werden.

Folgende personenbezogene Daten können Gegenstand der Verarbeitung sein:

Angaben zum/zur TeilnehmerIn; Meeting-Metadaten; bei Aufzeichnungen: Text-, Audio- und Videodaten des Webmeetings; bei Einwahl mit dem Telefon: Angabe zur eingehenden und ausgehenden Rufnummer, Ländername, Start- und Endzeit; bei Betätigung der jeweiligen Funktionen des Webmeeting-Dienstes durch den/die TeilnehmerIn: Text-, Audio- und Videodaten des/der TeilnehmerIn des Webmeetings.

Bitte beachten:

Die Voreinstellungen des jeweiligen Webmeeting-Dienstes werden vonseiten der FSU möglichst datenschutzfreundlich getroffen.

4. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung

Die personenbezogenen Daten der Beschäftigten werden von der FSU zum Zweck der Erfüllung der sich aus dem Beschäftigungs- oder Beamtenverhältnis ergebenden Pflichten in Hochschullehre und –verwaltung verarbeitet. Die Webmeeting-Dienste werden genutzt, um diese Aufgaben auch digital erfüllen zu können.

Die Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs. 1 lit. b) DSGVO, § 26 BDSG, § 79 ThürBG.

Bitte beachten:

Wenn ein Webmeeting aufgezeichnet werden soll, bedarf es einer gesonderten datenschutzrechtlichen Einwilligung gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. a) DSGVO der Beschäftigten. Wenn dies technisch möglich ist, werden die Webmeeting-Dienste durch das URZ so voreingestellt, dass die Einwilligung der Beschäftigten in die Aufzeichnung im Rahmen der Nutzung des Dienstes abgefragt wird. Anderenfalls müssen die Einwilligungen in sonstiger geeigneter durch die/den jeweilige/n Vorgesetzte/n eingeholt werden.

Die Einwilligung ist freiwillig und kann von den Beschäftigten jederzeit widerrufen werden. Aus der Nicht-Erteilung der Einwilligung entstehen den Beschäftigten keinerlei Nachteile.

5. Empfänger der Daten

Personenbezogene Daten, die im Zusammenhang mit der Teilnahme an Webmeetings verarbeitet werden, werden grundsätzlich nicht an Dritte weitergegeben. Werden externe Webmeeting-Dienste eingebunden, erhalten die Anbieter dieser Dienste notwendigerweise Kenntnis von den o. g. Daten, soweit dies im Rahmen der Auftragsverarbeitungsverträge mit den Anbietern vorgesehen ist.

6. Datenverarbeitung außerhalb der Europäischen Union

Eine Verarbeitung der personenbezogenen Daten findet ggf. auch in einem Drittland statt, wenn der Anbieter eines Webmeeting-Dienstes seinen Sitz dort hat. Die FSU setzt generell nur solche Webmeeting-Dienste ein, bei denen ein angemessenes Datenschutzniveau durch den Abschluss der sog. EU-Standardvertragsklauseln garantiert ist.

7. Speicherdauer

Die Sie betreffenden personenbezogenen Daten werden bis zum Wegfall des Zwecks der Datenverarbeitung oder nach Ablauf gesetzlicher oder behördlicher Aufbewahrungspflichten gespeichert.

8. Rechte der betroffenen Personen

Nach der DSGVO stehen Ihnen unter den im Gesetz genannten Voraussetzungen folgende Rechte zu: Auskunftsrecht (Art. 15 DSGVO), Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO), Recht auf Löschung (Art. 17 DSGVO), Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO), Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO), Widerspruchsrecht (Art. 21 DSGVO). Zudem haben Sie das Recht der Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde (Art. 77 DSGVO).